

Ein ernstes Thema und politischer Aktionismus

Zitat: „In der Tat ist vor allem in den grenznahen Regionen unseres Landes eine zunehmende Beunruhigung der Bürger festzustellen. Das Sicherheitsgefühl ist beeinträchtigt.“

Zitat: „... verzeichnen wir seit einigen Jahren deutliche – örtlich sogar dramatische – Anstiege.“

Zitat: „Wir haben ein Problem! Dieses Problem heißt grenzüberschreitende Kriminalität.“

Zitat: „... diese Erwartungshaltung außerordentlich ernstzunehmen.“

*Zitat: „Die Grenzöffnung bedeutet nicht weniger, sondern mehr Sicherheit.“
„Das war ein Fehler.“*

Presseerklärung der Gewerkschaft der Polizei?

Wer glaubt, dass diese Zitate einer Presseerklärung der GdP entnommen wurden, der irrt.

Es ist die Presseerklärung des Innenministers Dietmar Woidke unter der Überschrift.

„Wir haben ein Problem“ – Januar 2012. Als wir 2007 im Rahmen der Grenzöffnung genau auf diese Probleme und fast mit den gleichen Zitaten reagiert hatten, waren wir die ewigen Schwarzmalerei und die Anti-Europäer. Vier Jahre später hat offensichtlich die Realität auch die Politik eingeholt. Ich finde es gut, wie ein Nicht-GdP-Mitglied öffentlich GdP-Positionen vertritt. Auch wenn die Ursache dafür nicht unbedingt in der GdP selbst liegt, sondern eher in den echten Problemen in der Grenzregion und den Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger sowie vieler mittelständischer Unternehmen nicht nur im Wahlkreis des Ministerpräsidenten. Fakt ist, dass insbesondere in den Deliktbereichen Diebstahl von Kfz, Diebstahl aus Kfz, Diebstahl von landwirtschaftlichen Geräten und Baumaschinen, Wohnungsein- und Laubenaufbrüchen seit 2007 eine deutliche Zunahme zu verzeichnen ist. Die Ursachen liegen in dem sozialen Gefälle, was zwi-

schen den osteuropäischen Staaten und Deutschland aber auch zu den anderen europäischen Staaten besteht. Mit der Grenzöffnung wurde nicht nur die Grenze für die Bürgerinnen und Bürger aus Osteuropa, sondern auch für die Straftäter aus Osteuropa geöffnet und ihnen ihre „Arbeit“ erheblich erleichtert. Hoch professionell organisierte und technisch sehr gut ausgestattete Banden agieren in Brandenburg, in anderen Ländern der Bundesrepublik und in Gesamteuropa und benutzen die offene Grenze, um den „Absatzmarkt“ im Osten zu befriedigen. Wie wir gelernt haben, wird der kapitalistische Markt von Angebot und Nachfrage reguliert. Das Angebot in weiten Teilen Europas ist groß und die Nachfrage von Litauen über Lettland, der Ukraine bis nach Bulgarien ist riesig groß. Und dieser „Markt“ wird dann durch organisierte Kriminalität reguliert. Es ist damit kein Brandenburger Problem, es ist nicht ein rein deutsches Problem, es ist ein europäisches Problem.

Grenzen schließen?

Der einfachste Weg wäre, das Schengen-Abkommen auszusetzen, Grenzen wieder zu schließen und Grenzkontrollen einzuführen. Dies würde nicht in Gänze die grenzüberschreitende Kriminalität eindämmen, aber sie jedoch deutlich zurückdrängen. Dieser Gedanke ist zwar einfach, aber politisch nicht durchsetzbar und auch von keinem so richtig gewollt.

Alternativen aufzeigen

Die Landespolizei in Brandenburg hat eine BAO-Grenze gebildet, die sich immer noch personell in der Aufbauphase befindet. Es stehen zwar 80 Stellen zur Verfügung, die jetzt auf 90 erweitert wurden, aber Soll und Ist stimmen noch nicht überein. Diese BAO hat Konzepte entwickelt, die Kolleginnen und Kollegen sind hoch motiviert und sie hat erste Er-

folge zu verzeichnen. Die Frage ist nur, macht eine BAO, die bereits zwei Jahre arbeitet, noch als BAO Sinn? Eigentlich müsste die BAO-Grenze in eine AAO-Grenze überführt werden. Diese AAO-Grenze oder Grenzdienststelle – wie sie dann heißt – hätte die Aufgabe, schwerpunktmäßig die Grenzkriminalität zu bekämpfen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Grenzkriminalität auch noch in zwei, fünf und in zehn Jahren haben werden und somit spezialisierte Kriminalitätsbekämpfung in der Region notwendig ist.

Im Rahmen einer solchen AAO müssten dann weiterführende Konzepte entwickelt werden. Diese Dienststelle müsste personell und technisch entsprechend den Anforderungen der Bekämpfung der Grenzkriminalität ausgestattet werden und wenn es notwendig ist, zeitlich begrenzt von Unterstützungskräften (z. B. der Bereitschaftspolizei) verstärkt werden.

Politischer Aktionismus

Wenn sich der Ministerpräsident in seinem Wahlkreis hinstellt und aufgrund der berechtigten Kritik der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmer der Region das Thema Grenzkriminalität zur Chefsache macht, dann ist das richtig. Wenn er aber gleichzeitig verkündet, dass drei Hundertschaften à 124 Kolleginnen und Kollegen jetzt an die Grenze versetzt werden, um die Grenzkriminalität zu bekämpfen, dann ist es Aktionismus. Wir können nicht 124 Beamtinnen und Beamte 24 Stunden an der Grenze einsetzen, da dies schon der Arbeitszeitverordnung widersprechen würde.

Dies wird durch unseren Gegenüber genau registriert und Gegenstrategien entwickelt. Es entstehen Verdrängungseffekte. Die Frage ist, was passiert nach drei Monaten?

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Besser wäre es doch, wenn die BAO/AAO-Grenze offen oder verdeckt zu unterschiedlichen Zeitpunkten die Bereitschaftspolizei im Rahmen ihrer Konzepte einsetzt.

Vorteile der AAO

Im Rahmen einer AAO sind die Kolleginnen und Kollegen nicht nur abgeordnet, sondern ordnungsgemäß versetzt. Denn Abordnungen über mehrere Jahre haben für die Kolleginnen und Kollegen und für die entsendende Dienststelle immer einen negativen Beigeschmack. Für die Kolleginnen und Kollegen selbst bedeutet es „Aus den Augen – aus dem Sinn“, was sich widerspiegelt bei ihrer Berücksichtigung im Rahmen von Beurteilungen/Beförderungen. Für die abordnende Dienststelle bedeutet es eine Mehrbelastung, weil die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst fehlen. Beide Seiten sind unbefriedigt. Lösbar ist dies durch die Bildung einer eigenen Dienststelle.

Rolle des Bundes

Innenminister Dietmar Woidke fordert, dass der Bund viel stärker seiner

Verantwortung nachkommen muss. Das kann ich ausdrücklich nur unterstreichen. Es ist schon bezeichnend, dass in einem Spitzengespräch zwischen dem Innenminister, dem polnischen Botschafter und Spitzenvertretern der polnischen Polizei trotz Einladung die Bundespolizei fern blieb. Sie sehen ihre Aufgabe ausschließlich in der Bekämpfung der Schleuserkriminalität und wenn als Nebenprodukt Diebstahlskriminalität aufgedeckt wird, dann ist es gut. Gleichzeitig kürzt die Bundespolizei ihr Personal an der Grenze zugunsten der Bundeshauptstadt Berlin. Damit zieht sich der Bund aus seiner Verantwortung. Dieser Prozess muss dringend umgekehrt werden. Brandenburg allein kann die Probleme an der Grenze nicht lösen.

Egal ob mit einer BAO oder einer AAO. In der eingangs genannten Presseerklärung des Ministers hat dieser die Forderungen formuliert, die wiederum fast deckungsgleich mit den Forderungen der GdP sind.

1. Enge Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei

(Aus Sicht der GdP ist hier insbesondere Rechtsklarheit zu schaffen)

2. Beteiligung der Bundespolizei sowie der Polizei anderer Länder und des Zolls

3. Bessere materielle und personelle Ausstattung der BAO-Grenze (Forderung der GdP – AAO)

4. Einsatz der automatischen Kennzeichenerfassung

5. Noch engere Einbindung des LKA bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität

6. Klare Führungsstrukturen

7. Dafür Sorge tragen, dass Straftäter auch in Polen oder anderen Ländern ihre Strafe erhalten

Wenn jetzt der Innenminister auch noch die Forderungen der GdP zum Stopp des Stellenabbaus unterstützt, sind wir auf dem richtigen Weg.

Andreas Schuster

AKTUELLES

Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagesbuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

Januar 2012

9. Januar 2012

In unserer Geschäftsstelle berät die Rechtsschutzkommission – turnusmäßig – zu den zuletzt eingegangenen Rechtsschutzanträgen.

11. Januar 2012

Ich stelle das Seminarprogramm unseres GdP-Bildungswerkes online, prüfe die Verlinkungen und passe das Online-Anmeldeformular an.

19. Januar 2012

Wir beraten mit verantwortlichen Kollegen unseres Bildungswerkes Ergebnisse unserer Führungskräfte-seminare und das weitere Vorgehen.

23. Januar 2012

In der GdP-Geschäftsstelle berät der geschäftsführende Landesbezirksvorstand. Zu Gast sind Führungskräfte der Fachdirektion Besondere Dienste. Hauptthema: Besondere Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen bei polizeilichen Großeinsätzen.

26. Januar 2012

Ich stelle die GdP-Mitgliederbefragung zu unseren ggw. laufenden Verhandlungen mit der Landesregierung online unter www.gdp.de/brandenburg

Michael Peckmann



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (Vi.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



Gesetzlich vorgeschriebener Wahlmarathon

Innerhalb von zwei Jahren drei Personalratswahlen – das hat es wohl in noch keinem Bundesland gegeben. Auf Nachfrage bei meinen Amtsbrüdern und in anderen Bundesländern kann sich niemand daran erinnern, dass es in seinem Bundesland so etwas schon einmal gegeben hat. Sie äußerten das gleiche Unverständnis wie nun unsere Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg.

Viele fragen, warum denn jetzt schon wieder und habt ihr nichts Besseres zu tun? Erst die Wahlen zum Hauptpersonalrat, dann die Wahlen zum Gesamtpersonalrat und jetzt die Wahlen zu den Personalräten in den Polizeidirektionen.

Es geht nicht anders

Das Personalvertretungsgesetz von Brandenburg zementiert genau diesen Wahlmarathon. Jedes Mal bei strukturellen und damit auch personellen Veränderungen in der Polizei muss in den jeweiligen Organisationseinheiten neu gewählt werden. Man hätte dieses vermeiden können, wenn man die Organisationserlasse des Innenministeriums zeitlich näher zusammengezogen hätte. Böse Zungen behaupten, dass dieses ganz bewusst nicht gemacht wurde, in der Hoffnung, dass die Kolleginnen und Kollegen wahlmüde werden, die Gewerkschaften einen erheblichen personellen und auch finanziellen Aufwand haben und sich dadurch die Ergebnisse ständig verschlechtern. Denn schwache Personalräte sind gut für die dienstliche Führung.

Jetzt erst recht

Der Gewerkschaft der Polizei ist es seit 20 Jahren immer gelungen, durch eine hohe Wahlbeteiligung starke Personalräte zu erhalten. Zumeist wurden deutlich mehr als $\frac{2}{3}$ GdP-Personalvertreter gewählt. Das muss auch jetzt wieder das Ziel sein; eine hohe Wahlbeteiligung und natürlich – das sage ich als GdP-Vorsitzender – ein hohes Wahlergebnis für unsere GdP-Personalvertreter.

Warum brauchen wir das?

Wer durch die Polizeidienststellen des Landes Brandenburg fährt, bekommt eines als erstes mit. Eine grottenschlechte Stimmung und Motivation. Viele sind frustriert über die Polizeistrukturreform und deren Umsetzung, viel Unzufriedenheit über Stellenausschreibungs- und Stellenbesetzungsverfahren, aber noch viel mehr Unzufriedenheit insbesondere über die Art und Weise der Stellenbesetzung im mittleren und Teilen des gehobenen Dienstes. Häufig haben Kolleginnen und Kollegen, ohne dass mit ihnen gesprochen wurde, aus dem Postfach erfahren, wo in welcher Funktion sie zukünftig ihren Dienst versehen. Sozialkompetenz sieht anders aus. Gleichzeitig gibt es erhebliche Kritik an der neuen Reform an sich. Und dies liegt nicht nur an der Kürze des Umsetzungszeitraums. Fragen der Führung in den Polizeirevieren werden genauso heftig kritisiert wie der schleppe Aufbau des Kriminaldauerdienstes. Unseren Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich wurde zwar zugesichert, dass sie an ihrem Arbeitsort verbleiben und sie nicht herabgruppiert werden, aber es finden mehr oder weniger druckvolle Gespräche statt, dass sie sich doch an einen neuen Arbeitsort bewegen sollten. Viele Polizeidienstvorschriften, Erlasse und Verordnungen sind dringend überarbeitungsbedürftig und widersprechen sehr häufig der derzeitigen polizeilichen Praxis. Die Beispiele ließen sich jetzt endlos lang fortsetzen und sind nicht nur Probleme einer Übergangsphase.

Evaluierung 2014

Genau in dieser Phase wissen unsere Kolleginnen und Kollegen, dass 2014 wieder evaluiert wird. Und im Rahmen der Evaluierung wird es wieder zu Veränderungen kommen. Alles Gründe für starke Personalvertretungen als „Gegenpol“ zur dienstlichen Leitung. Nur starke Personalvertretungen können entsprechend dem Personalvertretungsgesetz im Interesse der Dienststelle und aus unserer Sicht natürlich insbesondere im Interesse der Beschäftigten vernünftige Lö-

sungen erreichen. Wir wollen, dass wieder stärker Sozialkompetenz beachtet wird, dass man mit den Kolleginnen und Kollegen spricht, ihre Erfahrungen berücksichtigt, ihre Ideen und Vorschläge mit einbezieht. Manchmal reicht ein schlichtes Danke für die geleistete Arbeit und das kostet vor allen Dingen nicht mal etwas.

Ursache Stellenabbau

Eines sei hier noch einmal ganz eindeutig herausgestellt, die Ursache für viele dieser Probleme liegt eindeutig in dem Beschluss der Landesregierung (trotz heftiger Kritik und Gegenwehr der GdP) 1900 Stellen in der Brandenburger Polizei abzubauen. Deswegen steht unserer Personalratswahlkampf unter der Überschrift „Mit Kompetenz gegen politische Unvernunft!“. 7400 in der GdP organisierte Kolleginnen und Kollegen müssen und wollen die Sachkompetenz, das Engagement und auch die Kraft der eigenen Organisation nutzen, um in Zukunft, wie aber auch schon in der Vergangenheit, zu gestalten und Einfluss zu nehmen. Ich appelliere an jedes GdP-Mitglied und auch an die, die noch nicht Mitglied in unserer Organisation sind, wählt die GdP-Personalvertreter, geht selbst zur Wahl, nehmt eure Kolleginnen und Kollegen mit und wählt starke GdP-Personalvertretungen. Die Probleme sind nicht mit dem 1. 1. dieses Jahres zu Ende, sondern sie haben eigentlich erst richtig begonnen. Wir werden nicht alles, aber wir können viel erreichen. Wir wollen streiten, gestalten und uns konstruktiv einbringen. Und dabei ist es wichtig, dass ein Dienststellenleiter weiß, dass sein Personalrat nur von 30 oder besser von 80% der Beschäftigten gewählt wurde.

Andreas Schuster



Posttraumatische Belastungsstörung nach Schusswaffengebrauch

Was macht eigentlich den Unterschied aus, dass manche Polizeibeamte eine Schusswaffenanwendung besser verkraften als andere Kollegen, die daran erkranken können, ja sogar dadurch in Pension gehen müssen? Vorsicht vor falschen Helfern: einmal davon abgesehen, dass Spontanäußerungen nach dem Einsatz der Schusswaffe zur straf- und dienstrechtlichen Verwertung gebracht werden können, kann ein falsch verstandenes „kollegiales Gespräch“ sogar noch eine PTSD (Posttraumatic Stress Disorder) verstärken. Besser nicht den netten Kumpel spielen, sondern sich im Gespräch danach auf das Wesentliche beschränken, damit der „Schuss“ nicht nach hinten losgeht. Kennen wir das „Gesetz der Straße“? Sind wir auf alle Eventualitäten unserer Kunden ausreichend und genügend vorbereitet? Die stetig steigende Zahl von Angriffen auf Polizisten beweist die Notwendigkeit, im Hinterkopf immer auf das Schlimmste gefasst zu sein. Polizei-Psychologe Füllgrabe bezeichnet es als „Wachsame Gelassenheit“, um nicht Verhaltensweisen von „kalten Praktikern“ zum Opfer zu fallen.

„Ich mache diesen Job schon so um die zwanzig Jahre und es ist ja nie etwas passiert!“. Solche und ähnliche Sätze sind uns doch allen bestens bekannt. Das haben angegriffene Polizisten bis dahin auch oft gedacht, bis eine vermeintlich friedliche Situation urplötzlich aus dem scheinbaren „Nichts“ in einen Kampf auf Leben und Tod umschlagen ist. Mal Hand aufs Herz, sind wir genügend vorbereitet, das:

- Eine routinemäßige Verkehrskontrolle zu den gefährlichsten Tätigkeiten eines Polizeibeamten zählt?
- Sich mit der Anzahl der Verkehrsdelikte einer Person proportional die Möglichkeit von kriminellen Handlungen dieser erhöht?
- Vor allem „Fahren ohne angelegten Gurt“ auf eine besondere Persönlichkeitsstruktur hinweisen kann, nämlich einer außerordentlich risikobehafteten Lebensweise?
- Es bei einem plötzlichen Messerangriff unter sieben Metern unvorbereitet kaum mehr gelingt, den Angriff wirkungsvoll abzuwehren?

- Bei einer Durchsuchung gefährliche Gegenstände nicht selten übersehen werden?
- Ein normaler Kugelschreiber zu einer Waffe mutieren kann?
- Das Phänomen um sich greift, dass provozierende Täter mit einer täuschend echt aussehenden Plastikpistole Suizid begehnen, indem sie sich „bereitwillig“ von einem Polizisten erschießen lassen?
- Jemand versuchen könnte, einem Beamten die eigene Waffe zu entreißen, um diesen damit zu erschießen?
- Ein schlechter Uniformsitz, eine oberflächliche Ansprache und/oder übertriebene Freundlichkeit, Täter aufgrund dieser Signale der Unsicherheit ermutigen, Polizisten anzugreifen, zu verletzen oder gar zu töten?

Kann mir nicht passieren?

392 durch Angreifer getötete Polizisten seit 1945 in Deutschland (Quelle: DHPOL) und steigende Zahlen zu tätlichen Angriffen beweisen das Gegenteil. Firmen betreiben umfangreiche Kundenforschungen. Wusstest du, dass es zehn praxisuntersuchte und allgemein anerkannte Persönlichkeitsprofile bei Tätern gibt, die für Polizisten extrem gefährlich werden können? Ein Typus davon dem des „Ausbeuters“ entspricht, der Gefühle, Leistungen und Güter anderer Menschen ohne Gegenleistung entnimmt und bei seiner Entlarvung mit schonungsloser Gewalt reagiert? Leider darf man es als Tabu-Thema betrachten, wenn es darum geht, die Umstände von getöteten Polizisten auszuwerten und zu streuen. Pinizotto, der umfangreiche Studien zur Gewalt gegen Polizisten durchführte, schrieb dazu: „... im Prinzip hat sich in den letzten Jahrzehnten bei der Art und Weise tödlicher Angriffe auf Polizeibeamte nicht mehr viel geändert.“ Aus nachvollziehbarer Rücksicht erfolgten nach Füllgrabe selten sachlich-anonymisierte Auswertungen und Schlussfolgerungen in den bundesweiten Dienststellen. Dabei könnte genau dieser Umstand zur Rettung von weiteren Menschenleben beitragen. Was kann ich selber tun, wieso überleben bestimmte Charaktere Angrif-

fe und wieso sind manche Polizisten in der Lage, Angriffe bereits im Vorfeld zu erkennen und demzufolge zu verhindern? Andererseits, wer von uns kennt nicht den negativen besetzten Begriff des „Widerstandsbeamten“? Hast du z. B. in der Kriminalpolizei immer deine Pistole dabei, wenn du die Dienststelle auf Ermittlung verlässt? Ist die Waffe dabei stets geladen oder betrachtetest du die Waffe als einen Fremdkörper, den man am liebsten gar nicht erst anrührt? Nein, es geht nicht darum, dem leichtfertigen Einsatz einer Schusswaffe das Wort zu reden, sondern eine friedliche Kommunikation mit dem polizeilichen Gegenüber zu pflegen, bei denen Situationen jederzeit unter deiner Kontrolle sind. Beamte, die mental auf jähe Wendungen vorbereitet sind, haben reale Chancen, selbst in vermeintlich aussichtslosen Situationen zu überleben. Darüber gibt es genügend empirische Untersuchungen aus der Praxis wie die von Füllgrabe, Ungerer (psychomentele Auswirkungen von Grenzbelastungen) oder Pinizotto. Deshalb empfehlen Autoren u. a. Folgendes: Achte auf deinen Bindungsstil. Menschen, die sich an kritischen, ja lebensgefährlichen Situationen an Familienangehörige und Freunde erinnern, haben bessere Überlebenschancen. Entwickle einen Gefahrenradar für die Situation, übe eine entspannte Aufmerksamkeit. Statt einer verfrühten kognitiven Festlegung durch Routine, Schubladdenken und „Menschenkenntnis“ ist es besser, die Situation unvoreingenommen zu beobachten und mehrere Lösungen in der Hinterhand zu haben. Nur dann ist man gegen böse Überraschungen gefeit. Kennst du die Gefahrenstufen in ihrer Entwicklung und die jeweiligen Möglichkeiten der Deeskalation durch Vermeidung einer defensiven Kommunikation? Hast du auch persönliches Interesse an Eigensicherung und gehst regelmäßig zu den Trainings? Bist du handhabungssicher und ein passabler Schütze an der Waffe? Dann steig deine Chancen rapide, die Schusswaffe nie einsetzen zu müssen. Du gewinnst durch deine frei gewordenen Ressourcen wertvolle Zeit für die notwendige Reaktionsdistanz, um das Problem auch anderweitig zu lösen. Müssen die



EINSATZ

eigenen Rechtskenntnisse über die Möglichkeiten zur Anwendung bzw. der Nichtanwendung der Schusswaffe wieder einmal aufgefrischt werden? Beamte, die unsicher sind und zu lange überlegen müssen, werden leicht selbst zum Opfer. Polizeibeamte, die sich mit der Problematik der Eigensicherung aktiv auseinandersetzen, leiden nach erlebten tätlichen Angriffen auf einem selbst oder dem Einsatz der Schusswaffe erwiesenermaßen seltener an einem posttraumatischen Syndrom. Die eigene Fortbildung als beste Prävention gegen eine PTSD.

Es wurde auf einen Menschen geschossen, was nun?

Der Beamte ist verpflichtet, die Tatsache des Schusswaffengebrauchs gegen-

über seinem Vorgesetzten wahrheitsgemäß anzugeben, sollte jedoch auf Einzelheiten verzichten, um sich nicht selbst zu belasten. Daran kann auch nicht ändern, dass insbesondere im Hinblick auf ein zu erwartendes großes öffentliches Interesse der Medien, die Behörde erst einmal schützend ihre Hand über den Kollegen zu halten hat. Deshalb sollten Ermittlungen unter Erfolgsdruck gegenüber dem betroffenen Beamten ebenso vermieden werden wie voreilige Bewertungen gegenüber Kollegen der Dienststelle sowie vor allem gegenüber der Öffentlichkeit. Die Rolle des Dienstvorgesetzten ist hierbei nicht ganz einfach, einerseits ist das Ereignis aufzuklären und andererseits hat er ebenso die Pflicht, dem Beamten seine Fürsorge und Betreuung ange-deihen zu lassen. Fehler führen dann schnell zu tiefen seelischen Verletzungen

und können später nur noch schwer therapiert werden. Wem es trifft, der sollte unbedingt die Hilfen seiner Gewerkschaft, der GdP, in den Dienststellen inklusive dem GdP-Rechtsschutz, den Personalräten, den Einsatz-Nachsorgeteams und den Fachleuten des PÄD in Anspruch nehmen. Das kann auch für Kollegen notwendig werden, die „nur“ Zeuge eines Angriffs bzw. einer Schusswaffenanwendung geworden sind. Nun kann sich jeder meine Eingangsfrage selbst beantworten. Mein Beitrag hat nicht den Anspruch der Vollständigkeit, dafür ist das Thema zu umfangreich. Aber vielleicht ist es mir gelungen, den einen oder anderen Denkanstoß zu vermitteln.

Steffen Meltzer, Potsdam

AKTUELLES

Musterverfahren „Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes § 14 BeamtVG“

Wir hatten bereits informiert, dass zumindest in den Verfahren der amtsabhängigen Mindestversorgung Aussichten bestehen, dass entsprechende Antragsteller, Widerspruchsführer, Kläger am Ende einen höheren Pensionsanspruch durchsetzen können.

Vor dem Verwaltungsgericht Cottbus war die Gewerkschaft der Polizei mit dem Musterverfahren in I. Instanz unterlegen, jedoch wurde die Berufung zum Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zugelassen.

Zwischenzeitlich hatte sich auch das Bundesverwaltungsgericht erneut mit der Problematik befasst. Es ging insbesondere um die Änderung des § 14 a des Beamtenversorgungsgesetzes im Jahr 2009 mit der Rückwirkung bis zum 24. Juni 2005 (einen Tag nach dem Ausgangsurteil des BVerwG). Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat nunmehr die Zentrale Bezügestelle

(ZBB) und damit das Ministerium der Finanzen aufgefordert zu prüfen, inwieweit der mit unserem Rechtsschutz unterstützte Musterkläger (und damit alle anderen erfassten Kolleginnen und Kollegen) klaglos gestellt werden können. D. h., dass die entsprechenden Bescheide aufgehoben und den Kolleginnen und Kollegen höhere Pensionsansprüche zugewiesen werden. Dieses gilt vorerst nur für Antragsteller, die vor dem 24. Juni 2005 in den Ruhestand (besondere Altersgrenze 60 Jahre) versetzt wurden.

Die Antwort des Finanzministeriums steht noch aus. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen entschieden wird.

Michael Peckmann

NACHRUF



Unerwartet verstarb am 18. Januar 2012 unser Kollege und Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, Polizeioberteilnehmer Olaf Schmidt, im Alter von nur 54 Jahren.

Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt seinen Hinterbliebenen.

Die Kreisgruppe Märkisch-Oderland wird sein Andenken in Ehren halten.

*GdP-Kreisgruppe MOL
Der Vorstand*



Deine Stimme für die Kandidaten der GdP

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die letzten Wochen und Monate waren sehr ereignisreich und haben uns alle in besonderer Weise gefordert, manchmal auch überrascht, viele von uns gestresst ... langsam hat jeder seinen „Platz“, seine Aufgabe und wir alle hoffen, dass das Chaos ein Ende hat und wir wieder „normal“ unsere Arbeit erledigen können. Uns ist das sehr wohl bewusst! Dennoch, diese Strukturform hat auch ganz andere Konsequenzen. In den neu gebildeten Polizeidirektionen sind Personalräte zu wählen.

Für unseren Bereich, die Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel, bedeutete dies, dass alle drei GdP-Kreisgruppen eine gemeinsame Kandidatenliste aufzustellen hatten.

Und das haben wir getan! Das Ergebnis seht ihr hier. Eure GdP-Kandidaten für den Personalrat der Direktion Nord! Alle drei Kreisgruppen waren sich einig, dass jede Kreisgruppe, möglichst jeder Organisationsbereich, jeder Standort auf unserer gemeinsamen GdP-Liste für die Personalratswahl vertreten sein muss!

Der zukünftige Personalrat der Direktion setzt sich aus zwölf Beamten/-innen und einen Arbeitnehmer/-in zusammen. Darüber hinaus haben wir Ersatzkandidaten/-innen aufgestellt.

Wir wenden uns mit diesem Artikel an alle GdP-Mitglieder der Direktion Nord, also auch an DICH!

Wir bitten dich zur Wahl zu gehen und deine Stimme abzugeben. Nur eine große Wahlbeteiligung sichert dem neuen Personalrat eine gute Legitimation, sich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen!

Wir werben natürlich für die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP. Jeder von ihnen hat bereits Erfahrungen in der Personalratsarbeit gesammelt, sich engagiert, eingesetzt ...

Für die Beschäftigten in unserer Direktion ist unsere GdP-Spitzenkandidatin Kollegin Marion Thiel.

Seit Mitte der 90er Jahre ist Marion in unserer GdP im Tarifbereich tätig, engagiert sich im Tarifausschuss der GdP und ist die Tarifstellvertreterin der GdP-Kreisgruppe Oberhavel!

Wir bitten euch, aktiv an der Zusammensetzung des künftigen Personalrates der PD Nord mitzuwirken. Die Anforderungen an Personalvertretungen werden nicht weniger. Umso wichtiger ist ein starker und von vielen Kolleginnen und Kollegen getragener Personalrat in der PD Nord, welcher auch von einer starken Gewerkschaft Unterstützung hat – EURER GdP! Umgekehrt bildet ein starker Personalrat eine wesentliche Grundlage erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit! Beides wollen wir für unsere Direktion im Norden Brandenburgs, aber auch darüber hinaus leisten!

reicher gewerkschaftlicher Arbeit! Beides wollen wir für unsere Direktion im Norden Brandenburgs, aber auch darüber hinaus leisten!

Eure GdP-Vorsitzenden
Kuno Mayer,
KG Prignitz
Frank Hunziger,
KG Ostprignitz-Ruppin
Claudia Schimek-Sengelmann,
KG Oberhavel

Personalratswahlen 2012
Direktion Nord
Arbeitnehmer

Marion Thiel
WSP

Anette Siewert
PD, Leitungsbüro

Mit KOMPETENZ gegen
politische UNVERNUNFT!



PERSONALRATSWAHLEN 2012

Gewerkschaft der Polizei
Personalratswahlen 2012
 Direktion Nord
Beamte



Claudia Schimek-Sengelmann
PI OPR



Frank Hunziger
PI OPR



Kuno Mayer
PI PR



Wolfgang Schwarz
KKI OHV



Michael Melz
PI OPR



Wendy Ulbrich
PRev Gransee



Heike Döpke
PD K



Jörn Kruschwitz
PI OHV



Andreas Schreiber
KKI OPR



Karin Kaiser
PI PR

Mit KOMPETENZ gegen



Volkmar Gerber
PD WSP



Frank-Andre Radloff
PRev Pritzwalk

Anja Haberstroh, KKI OHV
 Romy Blum, PD Stab
 Lars Däbel, PD KKD
 Peter Habedank, PI PR
 Gerald Bliß, PRev Henningsdorf
 Armin Werner, PI OPR
 Stefan Boye, PRev Henningsdorf
 Katy Gollnick, PI PR
 Jürgen Clemen, PRev Gransee

Victoria Cicholski, PD Stab
 Beatrix Kreinfeld, K Dir.
 Steffen Richter, PRev Kyritz

Doreen Kohls, PRev Pritzwalk
 Manuela Linke, KKI OHV
 Uwe Krohe, PRev Henningsdorf



Personalratswahlen 2012 Direktion Süd Beamte



				
Holger Schiffner PI EE	Hans-Jürgen Kunze PI OSL	Kerstin Ohde PI DS	Uwe Lorenz PI EE	Sylvia Rambach KK, Zentrab
				
Thomas Knaack PI FH	Frank Bach PI OSL	Boris Kofagk KKI EE	Hans-Jürgen Saschowa PI Cb	Frank Kuhnert VD KWH

Mit KOMPETENZ gegen



Alexander Kroll
VD Calau



Harald Botke
PI EE

Jörg Kraus,	PRev Forst	Harri Röscher,	PI DS
Eugen Nowka,	BAB	Andreas Rudloff,	PI EE
Hans-Joachim Maulbrich,	PRev Guben	Gudrun Jahncke,	WSP
Dietmar Jahncke,	PRev Lützen	Denise Wiczorek,	KDD
Michael Leisner,	Stab	Frank Fechner,	VD CB
Karl-Heinz Barke,	PI OSL	Heiko Linger,	PI OSL
Angelika Mitterbuchner,	PI FH	Kay Fraundörfer,	KKI DS
Mario Hellwig,	PRev Spremberg	Jens Quitschke,	PI DS
Yvonne Hedt,	PI OSL	Heiko Schwertfeger,	PI FH
Detlef Heinrichs,	PI OSL	Manja Schedl,	PI DS
Sylvia Baumgarten,	KKI OSL	Anika Bolling,	PI DS
Tino Dinter,	BAB	Simone Richter,	KKI OSL



PERSONALRATSWAHLEN 2012



Personalratswahlen 2012

Direktion Süd

Arbeitnehmer



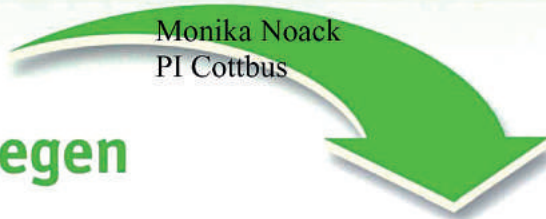
Gabi Blöse
K Direktion



Monika Noack
PI Cottbus

Mit **KOMPETENZ** gegen

politische **UNVERNUNFT!**



der Polizei Gewerkschaft
 Personalratswahlen 2012
 Direktion West
 Beamte



					
Jörg Volkhammer Stab Logistik	Andreas Bensch PI Potsdam	Ivonne Heise KKI TF	Swen Schäfer PI HVL	Torsten Pchalek K Dir.	
					
Udo Scheil VPD	Dominik Kaufhold VPD	Hans-Peter Bischof PI BRB	Marko Köhler PI TF	Michael Lorenz PI HVL	
		Olaf Lehnhardt, Doreen Köhler, Schliewenz, Kerstin, Katarzyna Rynciewicz- Hernichel, Franziska Herm, Cathrin Lebedeff, Wolfgang Küchler, Udo Geller, Karsten Hirsch, Norman Schulz,	PI TF PI BRB KKI Potsdam PI TF PI HVL PI Potsdam KKI HVL PI Potsdam PI HVL PI HVL	Mario Bethke, Mayk Botzet, Axel Wilke, Susanne Witt, Ingo Herbert, Gerd Mangelsdorf,	PI HVL VPD PI TF PI BRB PI TF PI BRB
Axel Hecht WS	Janina Neupert PI Potsdam				

Mit KOMPETENZ gegen politische UNVERNUNFT!

PERSONALRATSWAHLEN 2012

Personalratswahlen 2012
Direktion West
Arbeitnehmer



Ute Edeler
Direktion

Mit **KOMPETENZ** gegen

politische **UNVERNUNFT!**



Personalratswahlen in der Direktion Ost

Unsere Spitzenkandidaten für die Wahlen zum Örtlichen Personalrat in der Polizeidirektion Ost stellen sich vor:

Für die Gruppe der Beamten:
Liste 1



Cornelia (Conny) Schostag

Ich bin 40 Jahre und seit 1998 in der Polizei des Landes Brandenburg tätig.

Nach meiner dreijährigen Ausbildung an der Fachhochschule der Polizei trat ich 2001 meinen Dienst in der 4. Einsatzhundertschaft in Frankfurt (Oder) an. Kurze Zeit später eröffnete sich mir die Möglichkeit, aus der LESE in den damaligen Schutzbereich Märkisch-Oderland in den Wach- und Wechseldienst hinauszuzuwechseln. Im Rahmen der Reform im Jahr 2002 wurde ich dann zur Polizeiwache Bad Freienwalde umgesetzt. Bad Freienwalde ist gleichzeitig mein Wohnort. 2003 wurde ich hier mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte einer Wachdienstführerin beauftragt. Im Jahr 2004 erhielt ich im Zuge eines Auswahlverfahrens den Zuschlag für diese Funktion in meiner Heimatwache. Wie kommt man nun zur Personalratsarbeit, werden sich viele Fragen? Mitglieder meiner Kreisgruppe und aus dem damaligen GPR

sprachen mich an, ob ich nicht Interesse hätte, in so einem Gremium mitzuarbeiten, mich zu engagieren und schon war es geschehen. Ende 2005 übernahm ich den Vorsitz des Wahlvorstandes im Polizeipräsidium Frankfurt (Oder). Im Zuge der Personalratswahlen im Frühjahr 2006 wurde ich in den Örtlichen Personalrat des Schutzbereiches Märkisch-Oderland und zur Vorsitzenden gewählt, was ich bis zum heutigen Tag bin. Trotz aller Höhen und Tiefen, die einem in so einer Funktion widerfahren, füllt sie mich aus und fordert mich jeden Tag aufs Neue. Es sind meine ureigensten Interessen, mich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen aber auch für die Polizei einzusetzen und zu engagieren. Dies möchte ich auch weiterhin.

Für die Gruppe der Arbeitnehmer:
Vorschlag 1

Mein Name ist Uwe Fischer und ich werde in diesem Jahr mein 50. Lebensjahr vollenden. Mein beruflicher Werdegang bei der Polizei begann 1986 als Werkstattmeister der Kfz-Werkstatt in Eberswalde. Ab 2002, im Zuge der damaligen Reform, arbeitete ich als Sachbe-



Uwe Fischer

arbeiter im Bereich der Füst 2 im Schutzbereich Märkisch-Oderland. Im Januar dieses Jahres nahm ich meine Tätigkeit als Sachbearbeiter Führungsdienst/Logistik in der Polizeiinspektion Barnim auf. Mit der Bildung von freien Gewerkschaften bin ich Anfang der neunziger Jahre sofort der GdP-Kreisgruppe Eberswalde beigetreten und habe in den vergangenen Jahren mehrmals im Personalrat mitgearbeitet. Ich möchte dies weiterführen und mich weiterhin für meine Kolleginnen und Kollegen, vor allem für die Interessen der Beschäftigten in meinem Bereich der Polizeidirektion Ost, einsetzen.

**Wahlstrategie der GdP in der
Polizeidirektion Ost:
Mitglieder wählen Mitglieder!
Liste 1 des Wahlvorschlages
– GdP – Mit Kompetenz gegen
politische Unvernunft.**

